

# Sexarbeit kriminalisieren – ja oder nein?

25.08.2015 | 17:50 | Jelena Gucanin (Wienerin)

Erneut ist eine heftige Debatte darüber entbrannt, ob Sexarbeit erlaubt sein sollte oder nicht. Die einen fordern ein komplettes Verbot, andere wiederum sehen dadurch die Sexarbeiterinnen in Gefahr. Wir haben nachgefragt.

Sexarbeit aus der Illegalität holen: diese Forderung hat die Menschenrechtsorganisation **Amnesty International** kürzlich in einer Resolution verabschiedet. Damit will die NGO eine Versachlichung der Debatte erreichen und dagegen ankämpfen, dass Sexarbeiterinnen in den Untergrund gedrängt werden, wo sie Menschenrechtsverletzungen stärker ausgesetzt sind.

Ein [Prostitutionsverbot](#) bestrafe die Sexarbeiterinnen, meinen daher die einen. Als Rückschritt und fatalen Fehler von Amnesty sehen es jedoch andere. Die deutsche Zeitschrift EMMA titelte gar mit „Amnesty will Zuhälter schützen!“ und schrieb vom „unrühmlichen Ende einer Menschenrechtsorganisation“. Prominente Gegnerinnen der Amnesty-Resolution sind auch Lena Dunham, Kate Winslet und Emily Blunt.

**Brigitte Hofmann** von der Initiative „Stopp Sexkauf“ ist überzeugt: „Wer zahlt, schafft an. Männern steht es nicht zu, sich Sex von Frauen zu kaufen. Eine Entkriminalisierung ermächtigt nur einige wenige Frauen, legalisiert aber ganz viele Männer, die viel Profit damit machen und schreibt das Ungleichverhältnis zwischen Frauen und Männern einer Gesellschaft fort.“

## Kriminalisierung schadet Sexarbeiterinnen

Internationale Beispiele würden aber zeigen, dass Kriminalisierung den Markt nicht verändert, wie Soziologin **Helga Amesberger** meint: „Die Anzahl von SexarbeiterInnen und Bordellen bleibt im Wesentlichen gleich – egal ob ich nun den Sexmarkt vollkommen legalisiere wie in Neuseeland, ihn stark reguliere wie z.B. in Österreich oder ob ich lediglich den Kauf sexueller Dienstleistungen bestrafe wie zB. in Schweden oder Prostitution überhaupt verbiete wie in den USA etc.“

Prostitutionspolitik wirke sich nur auf die Größe des legalen und illegalen Bereichs aus, was wiederum die Arbeitsbedingungen beeinflusst: „In Österreich mit seinen neun verschiedenen Prostitutionsgesetzen ist die Ausübung von sexuellen Dienstleistungen nahezu ausschließlich in genehmigten Bordellbetrieben möglich. Damit können die BordellbetreiberInnen die Arbeitsbedingungen zu ihren Gunsten stark

beeinflussen – ob bei Preisgestaltung, Kleidungs Vorschriften, der Art der sexuellen Dienstleistungen, Anwesenheitspflichten, und vielem mehr“, weiß die Expertin.

## Arbeitsbedingungen insgesamt verbessern

**Hannah-Isabella Gasser**, Gründerin des Wiener Vereins „footprint“ für Betroffene von Frauenhandel, sagt: „Personen, die in der Sexarbeit tätig sind, sollten die gleichen Rechte wie alle anderen Selbständigen oder auch Angestellten haben. Sollten ausreichend versichert sein, ihren verdienten Lohn einklagen können und insgesamt mehr Sicherheit bekommen.“ Es müssten statt einer Kriminalisierung wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit niemand gezwungen ist, in der Sexarbeit tätig zu sein, fordert auch Amnesty International.

### Protestplakat gegen Amnesty International: "Schützt den männlichen Orgasmus"

Das sieht auch die Strafrechts-Expertin **Katharina Beclin** von der Universität Wien so: „Hier könnte nur ein bedingungsloses Grundeinkommen Abhilfe schaffen, aber natürlich auch nur für die Anspruchsberechtigten.“ Denn die Situation in Österreich ist vor allem für Migrantinnen schwierig. So dürfen etwa Asylwerberinnen nur eingeschränkt arbeiten, doch sie können als sogenannte „Neue Selbständige“ einige Berufe, die keinen Gewerbeschein benötigen, ausüben. Darunter fallen etwa Journalistinnen, Künstlerinnen und auch Sexarbeiterinnen. „Sexarbeit ist ein Eintrittstor in den österreichischen Arbeitsmarkt für MigrantInnen und wird daher solange attraktiv bleiben, solange es für Migrantinnen nicht bessere und besser bezahlte Arbeitsmöglichkeiten gibt“, sagt auch Soziologin Amesberger.

## Norwegen: Beschimpfungen und Stigmas

Helga Amesberger kam in einer Studie über Sexarbeit in Österreich zu dem Ergebnis, dass ein Prostitutionsverbot oder eine Freierbestrafung dazu führen, dass die Betroffenen schwieriger aus Zwangsverhältnissen herauskommen, da sich die Kunden nicht mehr trauen würden zur Polizei zu gehen. „Die Illegalisierung von Sexarbeit erhöht nicht nur die Abhängigkeit von Dritten und hat damit negative Auswirkungen für die SexarbeiterInnen, sondern erschwert auch die Arbeit der Polizei. Frauenhandel zur sexuellen Ausbeutung wäre damit noch schwieriger zu verfolgen“, sagt sie.

Genau das erlebten Amnesty-Vertreter, als sie Norwegen besuchten, wo Sexkauf verboten ist. Dort

erzählte eine Frau, dass sie einen Angriff nicht der Polizei meldete – aus Angst vor den Folgen für ihre Familie. Sie fühlte sich stark stigmatisiert: „Wenn sie dich auf der Straße sehen, beschimpfen sie dich“, erzählte die Frau. Eine andere Sexarbeiterin wünschte sich: „Ich hoffe, dass wir einmal wie Menschen respektiert werden.“

[Soll Sexarbeit verboten werden? Das sagen Expertinnen. Lesen Sie weiter auf Seite 2 >>](#)